## Der Bundesminister des Auswärtigen

Bonn, den 20. März 1964

An den Herrn Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Einberufung einer europäischen demographischen

Konferenz

Bezug: Kleine Anfrage der Abgeordneten Paul, Lenze (Atten-

dorn) und Genossen
– Drucksache IV/2025 –

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung hat die Empfehlung 381 der Beratenden Versammlung des Europarates für eine europäische demographische Konferenz im Ministerkomitee unterstützt.

Ein endgültiger Beschluß über die Einberufung der Konferenz ist jedoch noch nicht getroffen worden, weil sich die Mehrheit der Mitgliedstaaten dafür ausgesprochen hat, zunächst eine Arbeitsgruppe von Sachverständigen zu bilden, die die Ziele der Konferenz festlegen soll. Im Hinblick auf gleichgerichtete Bestrebungen anderer internationaler Organisationen soll hierdurch gesichert werden, daß eine Doppelarbeit unterbleibt. Die Arbeitsgruppe soll ferner den Termin, den Teilnehmerkreis und die Arbeitsmethoden der Konferenz klären. Ihr wird auch ein deutscher Sachverständiger angehören.

Anschließend wird sich das Ministerkomitee des Europarates erneut mit der Empfehlung 381 befassen. Der deutsche Regierungsvertreter hat jedoch schon in der letzten Sitzung zu Protokoll nehmen lassen, daß die Bundesregierung sich für die Einberufung der europäischen Bevölkerungskonferenz ausspricht.

Die Erklärung des Jahres 1966 zum "europäischen demographischen Jahr" hat im Ministerkomitee des Europarates keine Zustimmung gefunden.

Schröder